

Kohleausstieg – IG BCE und ver.di Hand in Hand mit RWE

Im Vorfeld des DGB Bundeskongresses gab es eine heftige Auseinandersetzung um einen positiven Bezug über die Klimaschutzziele der Bundesregierung. In einem Antrag des DGB Bundesvorstandes zur Klimapolitik und hier besonders zur Energie- und Mobilitätspolitik wurden die Klimaschutzziele von Paris ausdrücklich unterstützt. IG BCE und IG Metall hatten im Vorfeld des Kongresses, gegen die Stimme von ver.di, dafür gesorgt, dass die Positionierung aus dem Antrag gestrichen wurde. Dass der positive Bezug zu den Klimazielen am Ende doch wieder in den Antrag aufgenommen wurde, ist den darauf folgenden Protesten, auch in der Öffentlichkeit, zu verdanken.

Dass die IG Metall dies unterstützen würde, kam für viele BeobachterInnen überraschend, da die IG Metall sich immer für die Energiewende ausgesprochen hatte. Dass die IG BCE, wie schon bei der Atomenergie, auch bei der Förderung und Verbrennung der Braunkohle auf der Bremse stehen würde, war zu erwarten. Sie spielt sich als Verteidigerin der Arbeitsplätze in den Revieren auf, die aber, wie alle wissen, so oder so nur noch für einen begrenzten Zeitraum bestehen werden. Anstatt mit der dynamischen Zivilgesellschaft gemeinsam dafür zu sorgen, dass für die heute noch ca. 20.000 Beschäftigten in den Revieren im Rheinland, in der Lausitz und in Brandenburg zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen, steht sie an der Seite der Stromkonzerne und beharrt auf einer Technologie, die extrem schädlich und dabei unnötig ist.

Ver.di ist da theoretisch ein Stück weiter. Schon 2016 kam eine von ihr in Auftrag gegebene Studie zum „Sozial verträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung“ zum Ergebnis, das eben dieser möglich sei. Die Gewerkschaft fordert dabei eine Absicherung für alle Beschäftigten in den Revieren und Kraftwerken. Dies müsste aber auch in den entsprechenden Regionen umgesetzt werden. Hierbei handelt es sich ja nicht nur darum, für ältere Kollegen gute Regelungen für den Übergang in die Rente zu vereinbaren. Die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen muss unter Einbeziehung der Beschäftigten, der ortsansässigen Bevölkerung, den Gewerkschaften, den UmweltexpertInnen und den kommunalen politischen Gremien angegangen werden. Das Beispiel des Ruhrgebietes zeigt, wie es nicht laufen darf: den Strukturwandel nur den Konzernen und der Politik überlassen und am Ende zu Hochburgen der Rechten werden zu lassen.

Die Praxis bei ver.di sieht anders aus. Auch wenn immer wieder die Notwendigkeit des Strukturwandels betont wird, herrscht vor Ort oft ein anderer Ton. So hängen z.B. vor den Kraftwerken im rheinischen Revier die heftigsten Transparente nicht von der IG BCE sondern von ver.di, wie „Kein Bild, kein Ton? Deutschland ohne Braunkohlestrom“ oder „Energiewende ohne Braunkohle nicht machbar“. Will man so junge Menschen ansprechen, deren Zukunft da gerade verfeuert wird?

Zu dem diesjährigen Klimacamp hatte die IG BCE ihre alte Kampagne „Schnauze voll – von Gewalt durch Klimaaktivisten“ wieder aufleben lassen. 2016 wurde diese Kampagne von ihr initiiert, um gegen die Klimabewegung vorzugehen, noch ohne Beteiligung von ver.di. Diesmal waren die 2 ver.di Bezirke aus der Region mit dabei. Dabei wurde deutlich, dass beide Gewerkschaften offensichtlich das Ziel haben, die Förderung und Verstromung der Braunkohle so lange wie möglich hinaus zu zögern.

Dabei hatte der ver.di Gewerkschaftsrat im März 2016 beschlossen, den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung „schnellstmöglich“ zu realisieren. Es ist davon auszugehen, dass dies auch heute noch die Meinung der Mehrheit der Mitglieder bei ver.di ist. Dem zuständigen Fachbereich ist es aber gelungen, seine Position als diejenige der Gesamtorganisation erscheinen zu lassen.

In der aktuellen Auseinandersetzung um die Rodung des Restes des Hambacher Waldes sind beide Gewerkschaften fest an der Seite von RWE. Sie halten die Rodung für erforderlich, damit der Abbau weiter gehen kann und damit die Stromversorgung, vor allem für die Industrie, gesichert wird.

Es wird Zeit, dass beide Gewerkschaften sich endlich besinnen und von ihrer ideologischen Verblendung Abschied nehmen. Anstatt mit RWE gemeinsam Klimaschutz zu verhindern, sollten sie, gemeinsam mit Umweltverbänden und den vom Tagebau betroffenen Menschen, die Zukunft gestalten. Viele Gewerkschaften in aller Welt sind da schon weiter. Treffend auf den Punkt gebracht hat dies die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sharan Burrows:

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze!